

### Betriebsvergleich und Pflegestrategie

Der Fachbereich hat auch in 2022 wieder die Betriebsvergleiche der ambulanten, vollstationären und teilstationären Pflegeeinrichtungen ausgewertet. Im Fachausschuss Altenhilfe wurden die entsprechenden Ergebnisse dann diskutiert, um allgemeine Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Kreisverbände abzuleiten. Insbesondere vor dem Hintergrund der in Kraft getretenen Tariftreueverordnung und die durch den Krieg in der Ukraine bedingten Sachkostensteigerungen haben die Beobachtung und der Vergleich von wirtschaftlichen Entwicklungen in diesem Jahr noch einmal mehr an Bedeutung gewonnen.

Die vom Fachausschuss entwickelte Pflegestrategie wurde ebenfalls vom Fachbereich evaluiert, im Fachausschuss bewertet und weiterentwickelt.

### Anschluss an die Telematikinfrastruktur

Um den gesetzlich bis zum 1. Januar 2024 vorgeschriebenen Anschluss von ambulanten Pflegediensten an die sog. Telematikinfrastruktur (TI) zu erleichtern, hat der Landesverband im Oktober 2022 mit Arvato Systems einen entsprechenden Rahmenvertrag abgeschlossen, dem auch voll- und teilstationäre Pflegeeinrichtungen beitreten können. Zum Juni 2023 waren diesem Rahmenvertrag bereits zehn Kreisverbände sowie neun weitere DRK-Landesverbände beigetreten.

### Vergütungen und Verhandlungen für ambulante und stationäre Pflege

Auch in 2022 forderte der Landesverband die Krankenkassen zur Verhandlung der Vergütung der häuslichen Krankenpflege nach dem SGB V für die 71 ambulanten Pflegedienste der Kreisverbände und Schwesternschaften auf. Die Verhandlungen wurden dabei eng mit dem Fachausschuss abgestimmt. Da man sich trotz intensiver Zuarbeit der Kreisverbände und Vorlage umfangreichen Datenmaterials jedoch noch nicht auf eine Vergütung für 2023 einigen konnte, wurde ein diesbezügliches Schiedsverfahren eingeleitet.

Im Rahmen der Interessenvertretung auf der Landesebene wirkte der Fachbereich insbesondere im Fachausschuss Pflege und Gesundheit der LAG FW mit. Im vergangenen Jahr war die Arbeit auch dort durch unterschiedliche Verhandlungen geprägt. Um die Refinanzierung der durch die Corona-Pandemie und den Krieg in der Ukraine bedingten Mehrkosten insbesondere in den Bereichen Energie, Lebensmittel und medizinischer Sachbedarf zu gewährleisten, konnte in der Pflegesatzkommission gemäß § 86 SGB XI

eine entsprechende Empfehlung für die stationären Pflegeeinrichtungen erwirkt werden. Mit den späteren Ergänzungshilfen zum Ausgleich steigender Preise für Erdgas, Wärme und Strom nach § 154 SGB XI musste diese Empfehlung dann allerdings noch einmal angepasst werden. Für die ambulante Pflege konnten mit den Kranken- und Pflegekassen ebenfalls entsprechende Vergütungszuschläge vereinbart werden.

Nachdem man sich in den Verhandlungen der Rahmenvereinbarung über die häusliche Krankenpflege nach dem SGB V nicht in allen Punkten mit den gesetzlichen Krankenkassen einigen konnte, wurde zu Beginn des Jahres 2023 auch hierzu ein Schiedsverfahren eingeleitet, das im März durch einen Schiedsspruch abgeschlossen wurde.

Parallel dazu wurden auch die Verhandlungen über die Versorgung von chronischen und schwer heilenden Wunden mit den gesetzlichen Krankenkassen in Niedersachsen fortgesetzt. Diese waren durch eine Änderung der Bundesrahmeneempfehlungen für die häusliche Krankenpflege erforderlich geworden.

Mit der Einführung einer neuen Personalbemessung in § 113c SGB XI war zudem der Rahmenvertrag für die vollstationäre Dauerpflege in Niedersachsen anzupassen. Unter hohem Zeitdruck konnten die erforderlichen Verhandlungen im Juni 2023 jedoch abgeschlossen werden, sodass die wissenschaftlich nie begründete Fachkraftquote künftig nur noch auf die mindestens zu vereinbarende Personalmenge anzuwenden sein wird.

Des Weiteren hat der Fachbereich auf der Bundesebene in einer länder- und verbandsübergreifenden Resonanzgruppe die Verhandlungen der Gemeinsamen Empfehlungen nach § 88a SGB XI zur Sicherstellung einer wirtschaftlich tragfähigen Vergütung in der Kurzzeitpflege eng begleitet und unterstützt.

### Positionen zur Gesetzgebung mitgestalten

In den Treffen der Landesreferentinnen und Landesreferenten hat der Fachbereich auf der Bundesebene aktuelle Entwicklungen und mögliche Handlungsansätze für das Hauptaufgabenfeld mit diskutiert, darunter auch der Einsatz von Gesundheitskiosken und Community Health Nurses als neue Versorgungsansätze.

Des Weiteren hat der Fachbereich zu zahlreichen Gesetzgebungsverfahren die Positionierung des DRK-Generalsekretariats mitgestaltet.